

## **„Ein ernsthaftes Problem mit der Glaubwürdigkeit“**

Jochen Wiemken – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) - 25. März 2011

**Nach den Äußerungen von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gegenüber Industriebossen, die atompolitische Kehrtwende der Bundesregierung sei ein reines Wahlkampfmanöver, sieht die Presse Bundeskanzlerin Angela Merkel und die schwarz-gelbe Koalition bloßgestellt. Nun wisse jeder, was die meisten schon lange gedacht haben. [spd.de](http://spd.de) gibt einen Überblick.**

- **tz (München)**

In den letzten Tagen wirkten Volker Kauder und andere schwarz-gelbe Topleute wie Mitglieder einer Gruppentherapie, die ständig öffentlich beteuern, dass sie nun wirklich von der Atom-Droge runter wollen. Doch - wie bei vielen Süchtigen: Die Bekenntnisse sind nur Show... Sobald die angeblich Bekehrten unter sich sind, wird ganz anders geredet. Das Protokoll eines Treffens von Wirtschaftsminister Brüderle mit Industriebossen belegt nun das, was ohnehin alle geahnt haben: Die schwarz-gelbe Regierung behauptet nur aus wahltaktischen Gründen, aus der Atomkraft aussteigen zu wollen.

- **Münchener Merkur**

Die Prinzipienlosigkeit dieser Bundesregierung wird nur noch von ihrer Dummheit übertroffen. Kunstvoller als Merkels Chaostruppe hat sich noch keine Regierung selbst zerlegt. Brüderles fahrlässiges Reden ist sozusagen der "rauchende Colt": Der letzte in der Indizienkette der Opposition noch fehlende Beweis, dass Angela Merkels Atom-Moratorium eben doch ein groß angelegtes Beschwichtigungs-, um nicht zu sagen Betrugsmanöver ist.

- **Frankfurter Rundschau**

'Nun bleibt mal locker, liebe Leute! Alles nur Bühnenzauber unserer Berliner Staatstheaterintendantin!' Das ist exakt die Botschaft, von der sich Brüderle maximal beruhigende Wirkung versprechen durfte. Paradoxerweise wird die ministerielle Anwendung von Ehrlichkeit in den Ohren der Öffentlichkeit zum Super-Gau für die Glaubwürdigkeit der Regierung. Angela Merkel steht im (für sie) besten Fall als Führungsfigur da, die schon im eigenen Kabinett als unehrlich gilt. Im schlimmsten Fall erscheint sie als skrupellose Machiavellistin. Merkels Atom-Moratorium wird damit nicht nur zur Anleihe ohne Wert, sondern zu einem veritablen Verlust-Papier.

- **Abendzeitung (München)**

Allmählich weiß man nicht mehr, worüber man sich mehr ärgern soll. Über die Chuzpe, mit der uns die Regierung weismacht, eine Drei-Monats-Denkpause samt Ethikkommission könne das Jahrhundertproblem Energieversorgung lösen. Oder über die Beteuerungen, mit Wahlkampf und der Schicksalswahl von Baden-Württemberg habe dieses Moratorium überhaupt nichts zu tun. Hallo Berlin? Für wie doof haltet Ihr uns?

- **Neue Westfälische (Bielefeld)**

Das wäre doch mal ein lohnendes Thema für Frau Merkels Ethikkommission! Wie weit darf der Zynismus einer Regierung eigentlich gehen? Wie jämmerlich darf die Groteske aus Dreistigkeit und Wählertäuschung sein, die man dem Volk zumutet? Nicht die weiter drohende Kernschmelze in den AKW-Blöcken von Fukushima ist Anlass genug für eine Überprüfung der deutschen Atom-Orientierung, sondern die kommenden Landtagswahlen - man hatte es schon mit dem Holzschuh gefühlt, um es mal ostwestfälisch zu sagen. Dass es einer der Verantwortlichen in geneigtem Kreise auch noch offen zugibt, ist nur noch lächerlich.

- **Financial Times Deutschland**

Der Verdacht, Bundeskanzlerin Merkel habe nach der Atomkatastrophe von Fukushima aus wahlkampfaktischen Gründen gehandelt, stand gewiss im Raum. Von einem Minister so ausgesprochen, bestätigt er aber schlimmste Befürchtungen. (...) Der Vorgang schafft Unsicherheit und lässt Wähler wie Industrie im Ungewissen darüber, ob Merkel, sollte ihre Partei bei den Landtagswahlen scheitern, nicht doch wieder auf den alten Atomkurs einschwenkt. So unberechenbar darf sich eine Bundesregierung aber nicht verhalten.

- **Weser-Kurier (Bremen)**

Für die Bundeskanzlerin ist Brüderles 'Ich-rede-hier-mal-ganz-offen' ein Dolchstoß; Angela Merkels Glaubwürdigkeit ist extrem beschädigt und mit ihr die der Union und der FDP.

- **Hamburger Abendblatt**

Es war ein Augenblick der Unverstelltheit, wie man ihn selten erlebt in der Politik. Die Ministerpräsidenten der Union hatten sich im Wahljahr 2002 über alle Maßen empört, weil die Länderkammer das rot-grüne Zuwanderungsgesetz beschloss. Wenig später offenbarte der saarländische Regierungschef Peter Müller, die Entrüstung sei nur Show gewesen. 'Legitimes Theater', wie er es nannte. Diese Woche ließ sich Wirtschaftsminister Rainer Brüderle - hält man sich an das Protokoll des Industrieverbands - zu einer ähnlich

wahrhaftigen Bemerkung hinreißen. Er begründete das Atom-Moratorium der Bundesregierung vor Spitzenvertretern der Industrie mit den bevorstehenden Landtagswahlen. Entscheidungen seien da 'nicht immer rational'. Müller konnte nicht dementieren, er hatte öffentlich gesprochen. Brüderle berief sich, flankiert vom BDI, auf einen Protokollfehler. Ganz gleich, welche Version die zutreffende ist: Der Schaden ist immens. Nicht nur für Brüderle und die Regierung, die sich dem Vorwurf des Wahlbetrugs ausgesetzt sehen. Die Glaubwürdigkeit der Politik erodiert.

- **Westfalen-Blatt (Bielefeld)**

Von einem Protokollfehler ist die Rede. So plump lässt sich kein Wähler täuschen. Brüderle hält die Atomkraft für unverzichtbar. Warum steht er dann nicht zu seiner Überzeugung? Die muss man nicht teilen, aber man könnte Argumente, die für die Kernenergie sprechen, ernst nehmen. Von Brüderle kann man das nicht mehr sagen. Seine Restlaufzeit als Minister ist überschaubar.

- **Handelsblatt**

Wieder einmal wird also der Überbringer einer ehrlichen Botschaft geknuppelt. Wenn am Sonntag die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für Union und FDP schiefgehen, müssen sich Merkel und Westerwelle an die eigene Nase fassen. Nicht die rar gewordene Ehrlichkeit eines Politikers, sondern die eigenen Wahlkampfmanöver wären für einen Absturz der Koalition verantwortlich. Dabei war doch längst absehbar, dass die Bundesregierung ihre wechselnden Botschaften nicht mehr vermitteln konnte.

- **Flensburger Tageblatt**

Und Kanzlerin Merkel? Sie schweigt zur Peinlichkeit, anstatt Größe zu zeigen.

- **Neue Presse Hannover**

Die Regierung, die sich nicht nur beim Atom-Moratorium so hemmungslos bei den Positionen der Opposition bedient, hat ein ernsthaftes Problem mit ihrer Glaubwürdigkeit. (...) Er (Brüderle) sprach die Wahrheit, aber sie war nicht ehrlich gemeint - das gemeine Volk sollte davon eigentlich nichts mitbekommen. Nur eine Auslese von Top-Managern. Das ist keine Offenheit, das sieht eher aus wie ein Kotau vor der Wirtschaft, wie eine Entschuldigung für ein neues Gesetz.

- **Main-Post (Würzburg)**

Doch hinter der Aufregung um Brüderle steckt mehr: Sie wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der Koalition. Und das Ringen zwischen widerstreitenden Interessen, die sich nicht ums Kleingedruckte drehen, sondern ums

Fundamentale. Das macht Konsens zum fortwährenden Kampf. Selbst der Fehltritt, sich im UN-Sicherheitsrat beim Libyen-Mandat zu enthalten und mit Russland und China in einem Boot zu landen, zeugt von dieser Orientierungslosigkeit. Diejenigen, die ihren rot-grünen Vorgängern diplomatische Ungeschicklichkeit vorwarfen und auf die traditionsreiche Geschichte der deutschen Außenpolitik verweisen, spucken den internationalen Partnern in einer Weise ins Gesicht, wie man es noch nicht erlebt hat. Die Koalition ist so mit sich selbst beschäftigt, dass sie immer häufiger vergisst, einen verlässlichen Kurs zu halten.

- **Kieler Nachrichten**

Inzwischen dementiert die Regierung sogar ihre seltenen Anflüge von Ehrlichkeit. (...) Es verfestigt sich der Eindruck, dass sich diese Regierung nicht von Überzeugungen, sondern allein von Umfragen leiten lässt. So macht sie sich beliebig, ja eigentlich überflüssig.

- **Nordsee-Zeitung (Bremerhaven)**

Brüderles entschuldigend klingender Hinweis zum Atom-Moratorium, angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen seien die Entscheidungen der Politik nicht immer rational, zeigt, wie vorbehaltlos sich manche Politiker zum verlängerten Arm der Wirtschaftslobby degradieren lassen. Sind Politiker nun Volksvertreter oder Wirtschaftsvertreter? Die Unterschiede dieser in vielen Punkten gegensätzlichen Positionen verschwimmen im Handeln dieser Bundesregierung immer stärker.

- **Darmstädter Echo**

Zu Recht haben viele Menschen in der atompolitischen Kehrtwende der Kanzlerin ein rein taktisch motiviertes Bremsmanöver im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an diesem Wochenende gesehen. Wie richtig sie mit dieser Einschätzung liegen, hat Wirtschaftsminister Rainer Brüderle aufs Schönste bestätigt.

- **Nürnberger Zeitung**

Ein Protokollfehler soll schuld sein - da lacht sich nicht nur die Opposition kaputt.

- **Nürnberger Nachrichten**

Drei Tage vor der Doppel-Landtagswahl ist das überraschend bekanntgewordene Brüderle-Zitat ein Kommunikations- und Glaubwürdigkeits-Desaster ersten Ranges für die Bundesregierung. Viele Menschen, die bereit gewesen waren, Angela Merkel und ihren Mitstreitern einen echten Gesinnungswandel zuzubilligen, werden das jetzt wohl nicht mehr tun. Denn

sie wissen genau: Nach der Entscheidung von Baden-Württemberg muss die schwarz-gelbe Koalition in diesem Jahr keine weiteren wichtigen Wahlen mehr fürchten. Sie kann, wenn sie will, ungestraft wieder zum alten Atomkurs zurückkehren. Und zwar mit dem Hinweis, die Überprüfung der Meiler habe eben ergeben, dass sie sicher seien.

- **Ostsee-Zeitung (Rostock)**

Upps. War da Pfälzer Wein im Spiel, oder was hat Rainer Brüderle dazu verleitet, mit der Wahrheit herauszurücken? (...) Seine Äußerung ist peinlich für Schwarz und Gelb, kommt aber keinesfalls überraschend. Der Rheinland-Pfälzer hat lediglich ausgesprochen, was Unioner und Liberale hinter vorgehaltener Hand längst einräumen.

- **Dithmarscher Landeszeitung (Heide)**

Es verfestigt sich der Eindruck, dass Merkel und ihre Minister den ihnen nahestehenden Interessenvertretern mehr Offenheit und Transparenz entgegenbringen als dem gemeinen Wähler.

- **Märkische Allgemeine (Potsdam)**

Nicht die Ehrlichkeit des Ministers, sondern die wechselnden Botschaften der Regierung sind das Problem. Wenn Schwarz-Gelb am Sonntag in Baden-Württemberg verlieren sollte, dann nicht trotz, sondern wegen des Moratoriums.

- **Mitteldeutsche Zeitung**

Die Menschen wissen nicht mehr, woran sie mit dieser Regierung sind.

- **Pforzheimer Zeitung**

Es geht um die Glaubwürdigkeit von Politikern und Politik. Und damit um nicht weniger als die Existenzgrundlage von Demokratie. Wenn die da unten nämlich nur noch resigniert sagen, dass die da oben ohnehin stets machen, was sie wollen und dabei obendrein ausschließlich von Wahl zu Wahl denken, dann kommt Demokratie an ihre Grenzen.

- **Hessische/Niedersächsische Allgemeine (Kassel)**

Drinnen anders zu reden als draußen, heute anders zu handeln als gestern erklärt - diese Haltung ist es, die das Vertrauen in die Parteien schrumpfen lässt. Union und FDP werden es am Wahlsonntag vermutlich zu spüren bekommen. Wundern sollten sie sich nicht mehr, aber in sich gehen.

- **Kölner Stadt-Anzeiger**

Zurzeit ist die Regierung offenbar völlig aus dem Tritt. Vielleicht ist das ab Montag wieder anders. Man kann das hoffen, aber kaum glauben.

- **Nordbayerischer Kurier (Bayreuth)**

Schwarz-Gelb wird mehr und mehr zur kritischen Masse. Unkontrollierbare Reaktionen nach dem Wahlsonntag nicht mehr ausgeschlossen.